

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Mast, Anette Kramme, Gabriele Lösekrug-Möller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/13252 –**

Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss – Fachkräfte von morgen ausbilden

A. Problem

In Deutschland leben knapp 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ für die rund 1,5 Millionen jungen Erwachsenen zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss. Ziel sei es, jedem und jeder jungen Erwachsenen eine Ausbildung anzubieten und dabei seine bzw. ihre spezielle Lebenslage zu berücksichtigen. Im Startjahr sollten dafür mindestens 200 Mio. Euro bereitgestellt werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Konkrete Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13252 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Sabine Zimmermann
Vorsitzende

Dr. Matthias Zimmer
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Dr. Matthias Zimmer

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/13252** ist in der 244. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Juni 2013 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller begründen ihre Initiative u. a. damit, dass ein Ausbildungsabschluss immer stärker zur Mindestvoraussetzung für ein Normalarbeitsverhältnis werde. Die beruflichen Perspektiven seien für diejenigen schlecht, die trotz fehlender Berufsausbildung eine (prekäre) Arbeit gefunden hätten. Denn prekäre Arbeit biete so gut wie keine Entwicklungs- oder Aufstiegsperspektiven. Vielmehr seien prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit dem hohen Risiko verbunden, schnell wieder aus ihnen herauszufallen. Zugleich hätten junge Erwachsene ohne Berufsabschluss erheblich schlechtere Wiedereingliederungschancen, wenn sie arbeitslos geworden seien. Für einen stabilen Erwerbsverlauf, der in der Regel noch 30 bis 40 Jahre umfassen solle, seien das denkbar ungünstige Startbedingungen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung**

und Technikfolgenabschätzung sowie der **Ausschuss für Tourismus** haben den Antrag auf Drucksache 17/13252 in ihren Sitzungen am 26. Juni 2013 beraten und dem Deutschen Bundestag gleichlautend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen, mit Ausnahme des Ausschusses für Tourismus, der die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen hat.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/13252 in seiner 139. Sitzung am 26. Juni 2013 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Dr. Matthias Zimmer
Berichtersteller

